

Stellungnahme zur Vorlage Nr. 185/2018 für die Ratssitzung am 10.10.2018
Unterstützung der Forderungen des „Revier- Appells“ der Gewerkschaften IG BCI
und Ver.di um den Strukturwandel im Rheinischen Revier

Zu dieser Vorlage möchten wir folgende Stellungnahme abgeben:

- Ein klares „Ja“ sagen wir „Grüne“ dazu, die Betriebe, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Menschen vor Ort auf den kommenden Strukturwandel vorzubereiten und diesen möglichst verträglich zu gestalten. Denn es ist im Interesse aller, das Know how und die Expertise der RWE Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter zu nutzen. Den Beschäftigten vor Ort müssen berufliche Perspektiven auch im hiesigen Raum geboten werden.

Jedoch fordern wir aber auch dazu auf, diesen Wandel einzuleiten. So scheinen die Gewerkschaften die alten Strukturen eher möglichst lange erhalten zu wollen. Das verzögert die Neuorientierung von innovativen und zukunftssträchtigen Unternehmen und kann zu einem Strukturbruch führen.

- Aus diesem Grund begrüßen wir die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die nicht nur die Menschen auf den Wandel vorbereiten soll. Sie ist auch nötig, weil die Bundesregierung bei der Reduzierung des CO₂ Ausstoßes bisher versagt hat. Denn die Ziele des Pariser Abkommens, übrigens ein weltweites Klimaschutzabkommen, werden nicht erreicht werden können. Auch Deutschland hat diesen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag unterschrieben und hat nun die Pflicht, diesen einzuhalten. Dass ein Wandel stattfinden muss, sieht auch die Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) so. Bei der Einsetzung der Kommission hat sie die Nennung eines **Enddatums der Kohleverstromung in Deutschland** gefordert.
- Vehement widersprechen wir der Aussage der Gewerkschaften, die Klimaschutzziele 2030 und 2050 ließen sich auch ohne ein symbolisch gesetztes Ausstiegsdatum für die Kohleverstromung erreichen. Denn die bisherigen Anstrengungen der Energiewirtschaft kann man als nicht besonders erfolgreich ansehen. Der CO₂ Ausstoß der Energiewirtschaft ist mit fast 40% an den Gesamt- Emissionen seit Jahren fast gleich geblieben. Das bestätigt auch das Umweltbundesamt (UBA) und empfiehlt u.a. die **Stillegung von Braunkohlekraftwerken**. Zitat:
„Deutlich weniger Strom aus Braun- und Steinkohle kann dazu beitragen, das deutsche Klimaschutzziel im Jahr 2020 von 750 Millionen Tonnen Treibhausgasausstoß noch zu erreichen.“ Zitat Ende.

- Es ist Strom genug da, bereits heute produzieren wir mehr Strom als wir verbrauchen (118%), den wir dann ins Ausland verkaufen. Darum ist z.B. ein neues Gaskraftwerk in Hürth bis heute nicht ans Netz angeschlossen und Windkraftträder werden zu Gunsten der Braunkohle abgeschaltet. Von Stromsparen redet niemand mehr!
- Wie alle, wollen auch wir „Grüne“ bezahlbaren Strom. Jedoch widersprechen wir der Aussage, dass dies nur mit der Kohle möglich sei. Seit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sind die Strompreise auf einem niedrige Stand gewesen, steigen nun allerdings rasant an. Zitat aus der „Zeit online“ vom 16.9.2018: „Ursache für den Preisanstieg sind die gestiegenen Beschaffungskosten für Kohle und Gas.“ Zitat Ende.
Somit wird die oft vertretene Meinung, die Erneuerbaren machen den Strom unbezahlbar, als Märchen enttarnt.

Das wichtigste Ziel von uns allen muss es sein, den Anstieg der Erderwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen, wie es im Pariser Abkommen verankert ist. Andernfalls wird Millionen Menschen die Existenzgrundlage entzogen und das wird auch unsere Region nicht schadlos überstehen. Saubere Luft, ein intaktes Klima, eine lebenswerte Heimat müssen Priorität haben. Denn eines ist unumstritten:

Wir sind die **erste Generation**, die den Klimawandel selbst spürt, und wir sind die **letzte Generation**, die noch etwas dagegen unternehmen kann“

Unser Fazit:

Eine deutliche Mehrheit der Indener „Grünen“ kann die Forderungen des „Revier-Appells“ der Gewerkschaften nicht unterstützen.